

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt: Tagesblatt Riesa.  
Bismarckstr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkontos: Dresden 1238  
Kassafache Riesa Nr. 22.

Nr. 179.

Mittwoch, 4. August 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Gewählter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Spazier an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. O. H. Teichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Deutsch-französische Annäherung.

Der französische Außenminister Briand hat sich in einem Interview für die strikte Innehaltung der Vocarnopolitik ausgesprochen; er hat einen scharfen Trennungskrieg zwischen französischer Außen- und Innenpolitik gezogen. Obwohl von französischer Seite des Offenen die Innehaltung der bisherigen Außenpolitik betont wurde, waren diese Erklärungen Briands angesichts der Befürchtungen, die das Ausland und vor allem Deutschland gegenüber Voicard begre, durchaus notwendig geworden. Die Aeußerungen Briands bezogen sich auf die Befähigungs- und Entwaffnungsfrage, auf den Völkerverbund und die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Sie berührten also alle wichtigen deutsch-französischen Probleme, ohne jedoch zu einer dieser Fragen irgend etwas wesentlich Neues zu bringen. Selbstverständlich wird die Schuld daran, daß die Abmachungen von Vocarno noch nicht voll in Kraft getreten sind, Deutschland in die Schuhe geschoben. Durch provokierende nationale Feiern im Rheinland und durch unvollkommene Durchführung der Entwaffnung habe es Deutschland der französischen Regierung erschwert, die Cessantität zu Gunsten Deutschlands umzustimmen.

Der französische Außenminister rechnet es sich als sein Verdienst an, die wirtschaftliche Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland gefördert zu haben. Offenbar sind damit die jetzt fast zum Abschluß gekommenen deutsch-französischen Verhandlungen über das internationale Eisenkartell gemeint. Diese wirtschaftliche Annäherung ist aber in der Tat nicht das Werk Briands; sie ist keine Konsequenz der Briandschen Außenpolitik, aber sie kann sehr wohl die Ursache auch einer politischen Annäherung zwischen diesen beiden Ländern bilden. Die Fortführung der sogenannten Vocarnopolitik gegenüber Deutschland wird weniger durch die Erklärungen Briands, als vielmehr durch die sich allmählich vertiefenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich garantiert. Jede französische Außenpolitik muß auf diese wirtschaftlichen Beziehungen Rücksicht nehmen. Schon aus diesem Grunde wäre eine Wiederkehr des „Voicardismus“ in der französischen Außenpolitik nicht nur für Deutschland unerwünscht, sondern wahrscheinlich sogar ganz unmöglich. Voicard'sche Methoden vertragen sich nicht mit den wirtschaftlichen Beziehungen, die Frankreich im Augenblick mit Deutschland hat und die sich in Zukunft nur noch enger gestalten können und werden. Für Frankreich ist der wirtschaftliche Anschluß an Deutschland eine umso dringender notwendig, als ihm nach Durchführung der Stabilisierung die Deflationstriebe mit allen ihren wirtschaftlichen Folgen nicht erspart bleiben wird. Nur deshalb hat sich Frankreich in den letzten Wochen bereit gefunden, den Abmachungen über das Internationale Eisenkartell zuzustimmen.

Es ist klar, daß Frankreich bei engerer wirtschaftlicher Annäherung an Deutschland ebenso sehr der nehmende wie der gebende Teil ist. Die politischen Konsequenzen aus dieser Annäherung können auf keinen Fall ausbleiben, sei es in der Handelsvertragspolitik, sei es in der Außenpolitik überhaupt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden sich also noch härter erweisen, als die Abmachungen von Vocarno, die schließlich jeder politische Gegenwind wegschlagen kann.

Man wird dem französischen Außenminister zustimmen müssen, wenn er seiner Ueberzeugung, daß ohne eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland das europäische Gleichgewicht nicht wiederhergestellt werden kann, Ausdruck gibt. Allerdings scheint es uns, als ob Frankreich bisher wenig getan hat, um das europäische Gleichgewicht in diesem Sinne wieder herzustellen. Die Diktatorisierung der französischen Politik läßt eigentlich auf andere Bemühungen Frankreichs schließen. Es ist möglich, daß hierin in der letzten Zeit eine Wandlung eingetreten ist, und daß Frankreich tatsächlich ernsthaft einen engeren Anschluß an Deutschland sucht. Diese Wandlung wäre von deutscher Seite nur zu begrüßen. Die kommenden Verhandlungen im Genfer Völkerverbund werden beweisen, ob es der französischen Politik tatsächlich ernst mit der deutsch-französischen Annäherung ist. Die Frage der Ratifizierung im Völkerverbund ist bisher durchaus noch nicht geklärt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß Deutschland im Herbst ähnliche Ueberlegungen wie im Frühjahr bevorzugen, wo Frankreich hinter den vorkrieglichen Kulissen seinen üblichen Galaktenhosen Jugendländische in der Ratifizierung gemacht hat, die bekanntlich dazu führten, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund und in den Völkerverbund verschoben werden mußte. Wenn die Erklärungen Briands tatsächlich aufrichtig sind, so wird bei der Herbsttagung des Völkerverbundes der alte Änderungsgrund für den Eintritt Deutschlands fortgeschwunden sein. Es sei denn, daß das Völkerverbundsstatut noch vor dem Eintritt Deutschlands geändert wird, so daß für seine Aufnahme in den Rat keine Einstimmigkeit sondern nur noch Zweidrittelmehrheit nötig ist. Ein solches Vorgehen würde allerdings der bisher üblichen Taktik der französischen Politik entsprechen.

## Deutschland und der Völkerverbund.

### In Erwartung der Völkerverbundeinladung.

Im Auswärtigen Amt zu Berlin ist ein längerer Bericht des deutschen Botschafters in Bern eingegangen, in dem bestätigt wird, daß der Reichsdelegation ein Einladungs schreiben des Völkerverbundssekretariats zur Teilnahme an der Sitzung des Völkerverbunds über die Aufnahme Deutschlands zugehen wird.

Da die Beratungen zwischen den Regierungen von London und Paris und verschiedenen kleineren Mächten in der Frage der Zuteilung eines nichtständigen Mitglieds noch nicht zum Abschluß gelangt sind, läßt es sich naturgemäß noch nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt eine Aufforderung an Deutschland, eine Delegation nach Genf zu entsenden, ergehen wird. Die Reichsregierung rechnet damit, daß die Einladung erst im Laufe der nächsten Völkerverbundsitzung nach Berlin abgehen wird. Danach würde Deutschland nicht schon zu Beginn der Beratungen des Völkerverbunds in Genf vertreten sein, sondern der Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird sich erst nach Genf begeben, wenn ausser Zweifel steht, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund diesmal reibungslos erfolgt.

Die Reichsregierung ist jedenfalls befreit, die schwebenden Befähigungsverhandlungen in der aller nächsten Zeit zum Abschluß zu bringen. Nach dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen mit der Rheinlandkommission und dem Canal d'Orsay ist mit einer Klärung der Frage der noch ausstehenden sogenannten Rückwirkungen, der Herabsetzung der Befähigung auf den Stand der deutschen Garnisonen in der Vorkriegszeit und schließlich der Frage der Beobachtung der Militärkontrolle in Deutschland kaum vor Ende dieses Monats zu rechnen. Wie wir hören, sind die Vorgesprächen des deutschen Reichskommissars für die Entwaffnung, General von Fagels, mit der Militärkontrollkommission in den letzten Tagen wieder aufgenommen worden. Die zu erledigenden Stellen rechnen mit einer baldigen Beendigung der noch schwebenden Entwaffnungsfragen und der Abberufung der Kontrollkommission bis spätestens Oktober.

### Das Programm für die Herbsttagung.

Das Programm der Herbsttagung des Völkerverbundes, die am 6. September beginnt, umfaßt 22 Punkte. Neben der Wahl des Präsidenten, der Annahme der Tagesordnung und der Geschäftsordnung sowie der Wahl von Kommissionen und ihrer Präsidenten wird ein allgemeiner Bericht über die im letzten Jahre geleistete Arbeit des Völkerverbundes erstattet werden. Alsdann wird der Rat einen besonderen Bericht erhalten über die bisherigen Versuche, internationale Streitigkeiten friedlich zu regeln. Ebenfalls wird ein besonderer Bericht über die Frage des Schiedsgerichts, der Sicherheit und der Abrüstung erstattet werden.

Als erster Punkt der Tagesordnung ist die Prüfung des Berichts der ersten Kommission, der sogenannten Ratserweiterungskommission der außerordentlichen Märzversammlung über die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund vorgesehen.

Der Punkt 12 enthält den Bericht über die Vorschläge, die der Völkerverbund nach Prüfung des Berichts der Studienkommission zu erhalten haben wird. Es folgen dann weiter die Berichte der Finanz- und Wirtschaftskommission, über die Lage Österreichs und Ungarns, sowie der Bericht über die Arbeiten des vorbereitenden Komitees für die Weltwirtschaftskonferenz. Weitere Berichte werden erstattet über die Beschwerden des Remeklandes, die Arbeiten zum

Schutz der Frauen und Kinder in Vorderasien, über die Vereinfachung des Handels und Verkehrs, über die Arbeiten des Angelenomitees, der Opiumhandelskommission, der Kommission für geistige Zusammenarbeit und der Kommission, die sich mit der Eindämmung des Frauen- und Kinderhandels befaßt. Als zwanzigster Punkt auf der Tagesordnung ist der Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz vorgesehen. Im einundzwanzigsten Punkt wird das Völkerverbundsstatut in Verbindung mit dem Budget des internationalen Arbeitsamtes und des ständigen Schiedsgerichts im Haag behandelt, während der letzte Punkt der Tagesordnung die Nominierung der nichtständigen Ratmitglieder vorzieht.

### Die Vorbereitungen der Genfer Völkerverbundeinladung.

Ein Sachverständigenausschuß, der vom Völkerverbundrat zusammengestellt wurde und sich mit der Propagierung der Ziele und Ideale des Völkerverbundes beschäftigt, ist am Dienstag im Völkerverbundssekretariat zusammengetreten. Ein Teil der Anwesenden stellte das Institut für geistige Zusammenarbeit. Den Vorsitz führt der bekannte Engländer Gilbert Murray. Deutschland wird vom Ministerialrat im preussischen Unterrichtsministerium Dr. Schellberg vertreten. In dem am Dienstag im Sekretariat ausgegebenen Programm für die Völkerverbundsarbeiten ist eine Komiteefunktion für die Zusammenlegung des Rates angedeutet. Es scheint sich hier um die zweite Session der Studienkommission für die Ratreform zu handeln, die also knapp vor dem Zusammentritt des Rates (3. September) und der Bundesversammlung (6. September) einberufen wurde.

### Der Genfer Abrüstungsausschuß.

Der militärische Unterausschuß der vorbereitenden Abrüstungskonferenz ist nach Ablauf einer dreiwöchigen Pause wieder zusammengetreten. Die Arbeiten begannen mit einer Generaldebatte über Frage 4 betreffend Offensiv- und Defensivrüstungen, die mehrere Tage in Anspruch nehmen wird. Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, hat sich die deutsche Abordnung zu den Arbeiten der Unterkommission der Abrüstungskonferenz wiederum nach Genf begeben. Die deutsche Abordnung steht wieder unter der Leitung des Oberleutnants von Böttcher vom Reichswehrministerium. Bei den kommenden Beratungen muß ein reichhaltiges, noch unerledigt gebliebenes Programm aufgearbeitet werden, insbesondere wird eine Klärung über den Begriff der Rüstungsbeschränkungen geschaffen werden müssen. Weiterhin stehen zur Beratung die Methoden für die Rüstungsbeschränkungen und die Frage der Offensiv- und Defensivrüstungen. Alsdann gilt es eine Unterscheidung von Zivil- und Militärflugzeugen zu finden. Weiterhin soll noch erwogen werden die Frage der Umfassungsmöglichkeit der Industrie von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft und hierbei wird die Gasfabrikation und die Flugzeugherstellung eingehend erörtert werden. Schließlich soll sich die Kommission noch mit der Kontrolle der Rüstungsbeschränkungen befassen. Auch hier dürfte es lebhaftige Meinungsäusserungen geben, da der amerikanische Vertreter bereits erklärt hat, daß für Amerika eine Kontrolle der Rüstungsbeschränkung nicht zugelassen werden könne. Ebenso haben sich im ersten Stadium der Verhandlungen italienische Pressestimmen gegen eine derartige Kontrolle ausgesprochen.

### Die Verfassungsfeier der Reichsregierung.

Für die Verfassungsfeier der Reichsregierung, die am 11. August mittags 12 Uhr im Reichstagsgebäude stattfinden wird, liegt nunmehr das offizielle Programm vor. Die Feier wird eingeleitet durch den Vortrag des alten aus dem Jahre 1840 kommenden Volksliedes „An die deutsche Nation“ durch den Staats- und Domchor. Dann folgt die Festrede des Reichsinnenministers Dr. Kälz und nach dem Chorgesang des Mozartschen „Bundesliedes“ wird Reichskanzler Dr. Marx eine kurze Ansprache halten. Der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes wird die Feier im Saale abschließen. Im Anschluß daran wird Reichspräsident Eitelberg die Front der vor dem Reichstagsgebäude aufmarschierender Ehrenkompanie abmarschieren. Während der Feier im Saale wird vor dem Reichstagsgebäude eine Reichswehrkapelle konzertieren.

### Die deutsch-polnischen Niederlassungsverhandlungen.

And nach einwöchiger Pause wieder aufgenommen worden. Die Unterbrechung hatte ihre Ursache darin, daß man erst die Infrassierung des neuen polnischen Ausländergesetzes abwarten muß, da dieses Gesetz naturgemäß für die Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Infrassierung des polnischen Ausländergesetzes auf dem Verhandlungswege ist in aller kürzester Zeit zu erwarten. Dann ist auf einen schnelleren Fortgang der Niederlassungsverhandlungen zu rechnen.

### Hamburger Kolonialwoche 1926.

Im Institut für Schiff- und Tropenkrankheiten in Hamburg begann die im Rahmen der Hamburger Kolonialwoche 1926 vorgesehene akademische Vortragsreihe, zu der auch Gouverneur a. D. Dr. Seis erschienen war. Einleitend sprach Professor Dr. Thiesen über Hamburg und die kolonialen Wissenschaften. Er knüpfte an die Bezeichnung „Deutsche Schutzgebiete“ an und betonte, daß es kein Deutschlands Bestreben gewesen sei, an die Stelle von Raub und Ausbeutung pflanzliche Behandlung zu setzen. Schon vor Jahrzehnten habe Hamburgscher Weidlich die Bedeutung wissenschaftlicher Institute für die Unterstützung der kolonialen Arbeit erkannt. Tropenpathologisches Institut, Seminar für Kolonialpolitik, Professur für afrikanische Sprachen und Islamkunde und Kolonialinstitut hätten für die Kolonialarbeit unergänzliche Dienste geleistet und auch nach dem Verlust der Schutzgebiete in der Hoffnung auf deren Wiedererwerb ihre wissenschaftlichen Wirken unentwegt fortgesetzt. Im Anschluß sprach Professor Weinhold, der bekannte Ertrischer afrikanischer Sprachen, über Kulturäußerungen afrikanischer Völker und Professor Hambrück über das Verhältnis der Südländischen zu Deutschland. Auf die Vorträge folgte eine Besichtigung des Tropenpathologischen Instituts, bei der Professor Dr. Roth über die wirtschaftliche Bedeutung der Tropenmedizin berichtete.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade  
Riesa a. Elbe. Formar 48.